

## **NIKO REITH**

Landtagsabgeordneter der FDP  
Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donaueschingen  
Wirtschaftspolitischer Sprecher  
Sozialpolitischer Sprecher

Zeppelinstr. 16  
78166 Donaueschingen  
Tel.: (0771) 89 77 66 70  
E-Mail: mail@niko-reith.de

# **PRESSEMITTEILUNG**

*ZUR VERÖFFENTLICHUNG IN DER NÄCHSTEN AUSGABE*

DS, 08. Dezember 2021, 13:00 Uhr

## **WEB TALK ZUM RÜCKMELDEVERFAHREN DER CORONA-HILFEN**

Immer wieder haben Niko Reith in den vergangenen Wochen Rückmeldungen von besorgten Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Steuerberatern erreicht, die das von der L-Bank angestrebte Rückmeldeverfahren der Corona-Soforthilfe kritisieren.

Für Niko Reith als Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP / DVP – Fraktion im Landtag von Baden – Württemberg Anlass genug zu einem Web Talk zu diesem Thema, der am heutigen Mittwochmorgen über die Schwierigkeiten aufklären und Herausforderungen aus der Unternehmerschaft aufnehmen sollte.

Als Fachleute waren Sarah Zickler, Unternehmerin aus Reutlingen und Generalsekretärin des Liberalen Mittelstands in Baden – Württemberg, Nicolai Lauble in seiner Funktion als Geschäftsführer des Bundes der Selbstständigen im Land sowie als Vertreter der Steuerberater Alexander Frisch von der Kanzlei Frisch & Dietz aus Villingen – Schwenningen.

Schnell wurde in der Diskussion klar, dass die größten Schwierigkeiten in der kurzen Rückmeldefrist bis 18.12.2021 sowie der sehr eingeschränkte und unflexible Berechnungszeitraum von vier Wochen ab dem Datum der Beantragung.

Einig waren sich die Anwesenden auch über die mangelhafte und unehrliche Kommunikation in diesem Verfahren.

„Bis heute ist mir die Wirtschaftsministerin eine Antwort schuldig geblieben, wann sie vom zuständigen Bundesministerium zur Einleitung des Rückmeldeverfahrens aufgefordert wurde.“, ärgert sich auch Niko Reith über das Kommunikationsversagen des Ministeriums.

Grundsätzlich hält Reith es nicht für vertretbar, dass Ministerin Hoffmeister-Kraut in dieser Sache immer auf Ihre Handlungsunfähigkeit in dieser Sache verweist und den Schwarzen Peter der Bundesebene zuschiebt.

„Da andere Bundesländer wie zum Beispiel NRW gerade beim Berechnungszeitraum flexibler sind, kann dies als Bundesvorgabe nicht gelten.“, attestiert er. „Außerdem erwarte ich dann von der Ministerin, dass sie sich auf Bundesebene für eine Verbesserung der Unternehmerinnen und Unternehmer im Land einsetzt und nicht den Status Quo verwaltet.“

- Ende -